

Bezugpreis:  
Monatlich in Neuenburg RM. 1.20.  
Durch die Post im Orts- und Ober-  
amtsbezirk, sowie im sonstigen in-  
ländischen Vertrieb RM. 1.30 mit  
Postzuschlag. Preis freibleibend.  
Das Jahressonderheft besteht  
aus 12 Hefen. Jeder Heft enthält  
ein Anzeigenverzeichnis und  
eine Liste der Mitglieder der  
Verbandsvereine.  
Bestellungen nehmen alle Post-  
ämter, sowie Agenturen und  
Buchhandlungen jederzeit entgegen.  
Gesamtpreis RM. 4.  
Postkonto Nr. 24 bei der Oberamts-  
Postkasse Neuenburg.

# Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

## Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neuenburger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biefinger in Neuenburg.

Einzelgenpreis:  
Die einseitige Seite oder  
deren Raum 25 Kop., 10 Kop. für  
30 Kop. Kollektivanzeigen 100 Kop.  
Zuschlag. Offerte und Anzeigener-  
stellung 20 Kop. Bei größeren  
Aufträgen Rabatt, der im Falle  
des Monatsabnehmens einjährig  
nicht, ebenso wenn die Zahlung  
nicht innerhalb 5 Tagen nach Ver-  
einbarung erfolgt. Bei Anzei-  
gerungen treten sofort alle früheren  
Vereinbarungen außer Kraft.  
Verständlich für beide Teile ist  
Neuenburg. Für Briefe, Beiträge  
und keine Gewähr übernommen.  
Erscheint täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage.

Nr. 273 Samstag den 21. November 1931 89. Jahrgang

### Der Wortlaut des deutschen Antrages

Berlin, 20. Nov. Das Memorandum der deutschen Regierung zur Einberufung des im Neuen Plan vorgesehenen Sonderauschusses hat folgenden Wortlaut:

Die Deutsche Regierung stellt hiermit den Antrag, daß die Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich in Basel den im Neuen Plan des Haager Abkommens vom 20. Januar 1920 vorgesehenen Beratenden Sonderauschuss einberufen. Neben Ursache und Zweck dieses Antrages bezieht sich die Deutsche Regierung folgendes anzuführen:

Bereits Anfang Juni d. J. war die deutsche Regierung zu der Überzeugung gelangt, daß sie trotz härtester Detachierung der finanziellen Ausgaben und wiederholter Erhöhung der Steuerlasten außerstande sein werde, die Zahlung von Annuitäten des Neuen Planes fortzusetzen. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands war schon damals auf das ernste bedroht. Die Deutsche Regierung hatte sich deshalb entschlossen, die notwendigen Schlussfolgerungen aus dieser Lage zu ziehen.

Diesem Entschluß folgte am 21. Juni die Erklärung des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, die einen einjährigen Ruckstund auf Zahlungen auf Schulden der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbauschulden vorschlug. Der Zweck dieser weitblickenden Initiative war, wie es in der Erklärung hieß, zur Wiederherstellung des Vertrauens beizutragen und dadurch den politischen Frieden sowie die wirtschaftliche Stabilisierung in der Welt zu fördern; den Schuldnerstaaten sollte Zeit zur Wiedererlangung ihrer nationalen Prosperität gegeben werden. Die Hoffnung, daß dieser Vorschlag eine entscheidende Wendung in der Weltkrise herbeiführen werde, hat sich nicht verwirklicht. Die weiteren Ereignisse hatten zur Folge, daß das Hoover-Jahr für sich allein die Gefahr des Zusammenbruchs nicht bannen konnte. Die britische Regierung ergriff daher im Juli die Initiative zur Einberufung der Londoner Konferenz. Aus den Empfehlungen der Konferenz ergab sich die Verlängerung des Reichsbank gewährten Kreditlimites, das sogenannte Vöseler Stillhalteabkommen und der Bericht des von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich eingesetzten Vöseler Sachverständigenausschusses.

So wichtig alle diese Maßnahmen waren, um eine schnelle Erleichterung zu schaffen, so waren sie doch ihrem Charakter nach nur vorbereitender Natur. Die Londoner Konferenz selbst hat in ihrer Schlussfolgerung festgestellt, daß die empfohlenen Maßnahmen nur ein erster Schritt seien, und daß sie die Grundlage für eine Aktion von weitreichender Bedeutung bilden sollten. Dementsprechend hat auch den Sachverständigen, die an der Durchführung der Londoner Empfehlungen mitgearbeitet haben, der vorläufige Charakter aller dieser Maßnahmen stets vor Augen gestanden. So heißt es in dem Stillhalteabkommen, daß die Vertragsparteien die darin vorgesehene Regelung nur „bis zur Durchfuhrung einer dauerhafteren Lösung für das Problem der kurzfristigen Verschuldung Deutschlands getroffen haben“. Ebenso heißt der Bericht des Vöseler Sachverständigenausschusses mit der dringenden Mahnung an die beteiligten Regierungen, „keine Zeit in der Ergreifung der notwendigen Maßnahmen zu verlieren, um eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht, Finanztransaktionen durchzuführen, die Deutschland und damit der Welt die so dringend benötigte Hilfe bringen“.

In den letzten vergangenen Monaten hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands aufs äußerste verschärft. Die Tatsachen, die diese Lage kennzeichnen, sind allgemein bekannt. Auch in anderen Ländern hat der Druck der Krise zu den ernstesten Erscheinungen geführt. Die Welt ist sich im steigenden Maße klar geworden über den inneren Zusammenhang der verschiedenen durch die Lage angeordneten

finanziellen Teilprobleme und über die Notwendigkeit, sie als bald in ihrer Gesamtheit in Angriff zu nehmen. Bei den Überlegungen, in welcher Form diese Aufgabe am besten zu behandeln sei, ist letztlich der Gedanke in den Vordergrund getreten, zunächst den Beratenden Sonderauschuss einzuberufen. Da nach dem System des Neuen Planes die Einberufung des Beratenden Sonderauschusses von einem Antrag der deutschen Regierung abhängt, hat sich die deutsche Regierung zu diesem Antrage entschlossen, damit ihrerseits alles geschieht, was den Weg zu umfassenden gemeinsamen Maßnahmen der Regierungen eröffnen kann.

Da die gegenwärtigen Verhältnisse die größte Verschleppung der zu treffenden Maßnahmen erfordern, schlägt die deutsche Regierung vor, daß der Beratende Ausschuss unverzüglich zusammentritt und daß er seine Arbeiten so schnell als möglich erledigt, damit schon in nächster Zeit eine Konferenz derjenigen Regierungen stattfinden kann, die für die alsdann zu fassenden Entschlüsse zuständig sind.

Nach dem Neuen Plan ist für diesen Antrag die Erklärung der Deutschen Regierung erforderlich, daß sie in gutem Glauben zu dem Schluß gekommen ist, daß die Währungs- und das Wirtschaftsleben Deutschlands durch den teilweisen oder vollständigen Transfer des ausstehenden Teiles der Annuitäten ernstlich in Gefahr gebracht werden könnten. Indem die deutsche Regierung diese Erklärung abgibt, muß sie zum Ausdruck bringen, daß eine solche Erklärung der gegenwärtigen Sachlage nicht gerecht wird. Seit der Aufstellung des Neuen Planes ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt, insbesondere in Deutschland, durch eine Krise abgelenkt von Grund auf geändert worden. Da der Neue Plan dem Beratenden Sonderauschuss die Aufgabe zuteilt, die Lage unter allen Gesichtspunkten zu prüfen, muß der Ausschuss das Problem in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren prüfen und hierbei insbesondere berücksichtigen, daß die Frage der privaten Verschuldung Deutschlands rechtzeitig vor Ende Februar nächsten Jahres neu geregelt sein muß, und zwar durch eine Vereinbarung, die zwischen ausländischen Gläubigern und deutschen Schuldner zu treffen ist.

### Das Sekretariat der V33. bestätigt den Eingang des heutigen Memorandums

Basel, 20. Nov. Die Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich gibt bekannt, daß sie am Freitag nachmittag durch den deutschen Generalkonsul in Basel ein Memorandum der deutschen Regierung vom 19. November erhalten hat, in dem die deutsche Regierung die Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich auffordert, den im Neuen Plan vorgesehenen Beratenden Sonderauschuss einzuberufen. Unmittelbar nach Eingang des Memorandums sind an alle Verwaltungsratsmitglieder der Bank Telegramme geschickt worden, in denen aufgrund des Artikels 15 der Statuten um die Ermächtigung ersucht wird, den Beratenden Sonderauschuss einzuberufen. Außerdem sind die Reichsbank in Berlin, sowie die Gouverneure der Bank von Frankreich, der Bank von England, der Belgischen Nationalbank, der Bank von Japan und der Federal Reserve Bank von New York aufgefordert worden, in Übereinstimmung mit Ziffer 128 des Neuen Planes Mitglieder für den Ausschuss zu ernennen. Der Wortlaut des Memorandums wird in Berlin veröffentlicht.

### Ämtliche Feststellungen zu dem Brief der landwirtschaftlichen Mitglieder des Wirtschaftsbeirates

Berlin, 20. Nov. Zu dem von den drei landwirtschaftlichen Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates, Dr. Brandes, Dr. Holtmeier und v. Oppen an den Reichskanzler Dr. Brüning gerichteten Brief erklärt man an ämtlicher Stelle u. a.:

Eine förmliche Beantwortung des Schreibens ist seitens der Reichsregierung nicht beabsichtigt. Da die drei Herren ebenso wie die übrigen Mitglieder des Wirtschaftsbeirates durch den Herrn Reichspräsidenten persönlich in den Wirtschaftsbeirat berufen worden sind, wird ämtlicherseits das Erfahren darüber nicht unterdrückt, daß der Brief abgelesen und veröffentlicht worden ist, ohne daß vorher dem Reichspräsidenten oder der Reichsregierung von dem beabsichtigten Schritt der drei Herren, den weiteren Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates fernzubleiben, Kenntnis gegeben wird.

Schließlich wird ämtlich noch betont, daß von einer „Zerrennung“ des Wirtschaftsbeirates durch das Fernbleiben der drei landwirtschaftlichen Vertreter natürlich in keiner Weise die Rede sei. Die wertvollen Arbeiten der Ausschüsse seien gerade gestern zu Ende geführt worden und es handelte sich lediglich noch darum, in einer abschließenden Sitzung der beiden Ausschüsse das Ergebnis in Leitfäden festzusetzen und hierüber eine Schlussfassung des Wirtschaftsbeirates für den 21. November unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten abzuhalten.

### Politische Fragen der Gegenwart

(Wirtschaftspolitische Wochenschau)

Der Brennpunkt — Politischer Umsichtungsprozeß  
Die bolschewistische Pest — Probleme des Fernen Ostens  
(Nachdruck verboten!)

is. Der Brennpunkt aller politischen Fragen bildet augenblicklich der Kampf zwischen Deutschland und Frankreich um die Reparationen. Es ist ein heißes Ringen. Um jeden Meter im politischen Gelände wird hingen und drücken die ganze Presse zum Sturm aufgerufen, wie wir es z. B. bei der Streitfrage erlebten, ob der Vöseler Reparationsausschuss nur die Zahlungsfähigkeit Deutschlands in Hinsicht auf die Tribute oder auch auf die private Auslandsverschuldung zu untersuchen habe. Auch ein Teil der englischen Presse tritt zugunsten Deutschlands in den Kampf ein, der nun für uns gewonnen wurde. Der „beratende Sonderauschuss“ wird nunmehr die gesamte Finanzlage Deutschlands und nicht nur die Reparationsfrage allein erörtern. Amerika selbst will anscheinend nicht durch eine Unnachgiebigkeit in der Schuldenfrage die deutsch-französische „Einigung“ zum Scheitern bringen.

Was Frankreich zu diesem Nachgeben bewog, ist nicht klar zu sehen. Ist es sich seines Endzieles vielleicht so bewußt, daß es in solchen „Kleinigkeiten“ nachgibt? Oder fürchtet es tatsächlich einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands mit all seinen Folgen für Frankreich? Oder aber war Paris über den Ausgang der Dreyerwahlen so bestürzt, daß es aus Abneigung gegen die Nationalsozialisten Brüning etwas entgegen kam. Jedenfalls wurden Laval durch die Rechte des französischen Parlaments Schwierigkeiten bereitet. Ob es sich um bestellte Arbeit handelt?

Die heftigen Landtagswahlen brachten einen ganz ungeheuren Sieg der Nationalsozialisten. Sie sind nicht ohne politische Folgen für das Reich geblieben. Schon tauchten Gerüchte auf, daß die Sozialdemokraten sich auf die Seite der Kommunisten schlagen werden, da Brüning zu den Nationalsozialisten „übergewechselt“. Jedenfalls leben wir in einem politischen Umsichtungsprozeß und die Erschütterungen des Parteigestüßes, das die „Germania“ zu den Wahlen bemerkte, noch nicht beendet.

Reichsinnenminister Brüning hat sich nun entschlossen, gegen die Moskauer energisch vorzugehen. Man muß sich nur wundern, daß erst jetzt vom Reich aus offiziell gegen diese Pest eingeschritten wird. Die Polizei entdeckt fast täglich ein neues Wessenslager der Kommunisten oder größere Verschwörer. Um die Bevölkerung nie zur Ruhe kommen zu lassen, greifen jetzt die Kommunisten die einzelnen Landtage an. Ihr Volkstribunal auf Auflösung des Braunschweiger Landtages wurde jedoch abgelehnt und ihr gleichzeitiger Vorstoß gegen Sachsen stößt auf ebenfalls energischen Widerstand. — Der Streit zwischen Bayern und dem Reich wegen der Oktober-Katzenverordnung wurde dem Bundesrat Bayerns entsprechend entschieden.

So erfreulich es auch ist, daß fast 30 Staaten der einjährigen Rüstungspause zustimmen, so ist damit für die tatsächliche Rüstung nur wenig gewonnen. So schreit auch der italienische Außenminister Grandi in Amerika dieses heilige Thema wieder an. Er kam aber zu einer sehr ungelungenen Stunde nach Washington; denn augenblicklich ist Hoover voll und ganz damit beschäftigt, den Fehlbetrag von 2 Milliarden Dollar durch unerhörte Steuern auszugleichen. Außerdem bemüht sich Hoover für die kommenden Wahlen die Präsidentschaft für seine Partei zu retten. In einem solchen Augenblick kommt natürlich der Besuch aus Italien sehr ungelogen.

Schwarze Wetterwolken drühen über England. Ein englisch-französischer Jollkrieg steht vor der Tür. Das Bündnis soll nun stabilisiert werden. England wird der gescheiterten Indienkonferenz kaum eine Träne nachweinen. Nicht doch ein zerplittertes Indien leichter regieren als ein geeintes. Vorerst ist eben der Versuch, Indien eine Verfassung zu geben, an der Uneinigkeit der Inder gescheitert. Allerdings ließ London nichts unversucht, eine Einigung zu verhindern und alle schönen Worte auf der Tagung konnten über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen. Die einheimischen Industriellen Indiens, die immer mehr die Oberhand gewinnen, leben nicht so sehr in der englischen Industrie ihre gefährlichste Konkurrenz; denn die englischen Löhne sind im Vergleich zu den indischen viel zu hoch, als daß die britischen Waren den Wettkampf mit Erfolg bestehen könnten. Aber die japanische und chinesische Einfuhr macht in Indien sehr viel zu schaffen.

Reichlich wie in Indien, so können wir auch in China und Japan beobachten, wie die alten Familienverbände auseinanderfallen. In Japan kommt noch eine weitere Erscheinung dazu: Es ist der Geburtenrückgang, eine Folge der regen Agitation der Sozialisten. Man darf jedoch nicht glauben, daß die japanische Volkskraft ähnlich schwand, wie z. B. die deutsche. Rahm doch die japanische Bevölkerung in den Jahren 1925—1930 um fast 8 Prozent (1,7 Mill. Menschen) zu. Aber während in den letzten 25 Jahren aus China in die Mandchurei 25 Millionen Menschen ausgewandert, siedelten sich dort nicht einmal eine Million Japaner an. Der Völkerverbund hat nun bei dem mandchurischen Krieg unwiderstehlich verlagert, wie auch der englische Außenminister Simon in einer geschlossenen Sitzung des Völkerverbundes in Paris offen zugab. Mit den ewigen Empfehlungen kann er seine Hilflosigkeit nicht bemänteln. Vielleicht bleibt ihm nichts anderes übrig, als sich mit dem Ausdruck des Bedauerns zu vertagen, zudem nun auch Hoover zu verstehen gab, daß Amerika in den japanischen Konflikt nicht eingreifen werde. Wenn Japan dem langsamen Völkerverbund ironisch vorschlug, er solle eine Kommission in die Mandchurei entsenden, so weiß es, daß es bis dorthin die für sich erwünschte Lage geschaffen haben wird.

### Wirtschaftsbeirat ohne Landwirte

Abgabe der Landwirtschaftsvertreter an den Kanzler

Berlin, 20. Nov. Die Vertreter der Landwirtschaft im Wirtschaftsbeirat haben heute vormittag dem Reichskanzler mitgeteilt, daß sie an den weiteren Arbeiten des Wirtschaftsbeirates sich nicht mehr beteiligen würden. Die drei agrarischen Vertreter sind: der Präsident des deutschen Landwirtschaftsverbandes in Königsberg, Dr. Brandes; der Vöseler Volkswirt und der Präsident der Landwirtschaftskammer von Brandenburg, Rittergutsbesitzer von Oppen. Diese Landwirtschaftsvertreter haben dem Reichspräsidenten Mitteilung von ihrem Scheitern gemacht und ihren Austritt gleichzeitig in einem Schreiben an den Reichskanzler ausführlich begründet. Sie gehen dabei davon aus, daß das neue Hilfsprogramm infolgedessen eine völlig neue Lage geschaffen habe, als dadurch wieder eine Teillösung statt eines Gesamtprogramms erfolgt. Am Schluß dieses Briefes heißt es:

Solange ein Gesamtprogramm nicht erkennbar ist, solange ein Einzelmaßnahmen festgehalten wird, solange wichtige Maßnahmen immer wieder hinausgeschoben werden, vermögen wir uns von den Arbeiten des Wirtschaftsbeirates keinen durchschlagenden Erfolg zu versprechen. Wir werden deshalb den Arbeiten fernbleiben, bis die Regierung sich zur Änderung der Methoden und zur Aufstellung eines klaren Programms zur Durchführung der zur Errettung der gesamten Landwirtschaft notwendigen Maßnahmen entschließt.“





